



Haushaltrede zum Haushalt 2018 von Sabine von der Beck

Der RVR läuft auf die Direktwahlen 2020 zu. Wozu braucht man ein Ruhrparlament? Das werden sich viele Bürgerinnen und Bürger fragen. Die Antworten sind für uns GRÜNE klar. Uns geht es darum, die Unterstützung der Bevölkerung zum Nutzen aller zu mobilisieren. Damit wir gemeinsam die Stärken der Region verstärken - und die Schwächen ausgleichen und dabei zumindest auf ein Durchschnittsniveau kommen können. Nur das Ruhrgebiet als Ganzes kann einen schnellen Weg in eine bessere, lebenswerte und wirtschaftlich tragfähige Zukunft finden. Nur für die Metropole Ruhr als Ganzes können wir das alte falsche Image korrigieren, das unserer Region immer noch anhaftet. Nur durch gemeinsame Interessenvertretung in Düsseldorf, Berlin und Brüssel können wir die sozialen Probleme bewältigen. Auch die finanziellen Schief lagen der Kommunen hängen damit zusammen. Nur mit allen Städten gemeinsam können wir zukunftsfähige, moderne und klimafreundliche Mobilitätsangebote durchsetzen. Nur mit dem Blick auf die gesamte Region können wir die Luft rein halten, Umwelt und Klima schützen, die grüne Dekade in die Tat umsetzen. Nur mit dem Blick auf die ganze Landkarte können wir zukunftsweisende Netze ausbauen - ob digital oder für Radschnellwege. und nur mit Blick auf die gesamte Karte können wir die „Stadt der Städte“ weiterentwickeln und die enormen Potenziale, die ihr schon jetzt bescheinigt werden, auch nutzen. Nur gemeinsam gewinnt unsere Region weiter an Attraktivität. Dass Jahr für Jahr mehr Touristen in die Metropole Ruhr kommen, ist auch ein Anzeichen dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Jetzt gilt es, die Bürgerinnen und Bürger für die gemeinsame Entwicklung der neuen Metropole Ruhr zu gewinnen und sie in dieses großartige Projekt konstruktiv einzubinden. Wir wissen etwa aus dem Ideenwettbewerb Ruhr, der Eingang in die Regionalplanung gefunden hat, dass viele Menschen sich für die Zukunft der Metropole Ruhr interessieren und ihre Ideen und Anregungen im Prinzip sehr bereitwillig einbringen. Die Direktwahl 2020 bietet eine historisch einmalige Chance, dem allgemeinen Politikverdross, der ja auch in der Metropole Ruhr erfahrbar ist, eine effektive neue Kommunikationskultur entgegenzusetzen.

Das ist im aktuellen Zeitalter sozialer Medien durchaus eine Herausforderung. Noch stecken wir mittendrin in einem kollektiven Lernprozess. Früher hieß es „Du darfst ja nicht alles glauben, was gedruckt ist, schon gar nicht der Bildzeitung“. Heute lernen wir, dass man nicht alles glauben darf, was der amerikanische Präsident twittert, und wir lernen zu hinterfragen, welche Interessen hinter emotional aufgeladenen Bildern und Videos in den sozialen Netzwerken stecken und wie fatal sie pauschale Vorurteile - bis hin zu Verleumdung, Hass und Hetze und Terror - verstärken. Dieser kollektive Lernprozess in Sachen Medienkompetenz ist bei weitem noch nicht abgeschlossen.

Dennoch führt an digitalen Plattformen und Beteiligungsformaten in der Kommunikation kein Weg mehr vorbei. Die Frage ist nur, wie werden solche Plattformen weise aufgesetzt. Gegen pauschale Vorwürfe und diffuse Ängste hilft vor allem eines: Konkretisierung und Versachlichung. Deshalb haben wir GRÜNE großen Wert darauf gelegt, dass neue Beteiligungsplattformen für das

Ruhrgebiet zur Konkretisierung und Versachlichung der politischen Debatte beitragen. Deshalb schlagen wir vor, dass die Möglichkeiten, die in unserer Geodatenkompetenz schlummern, sehr intensiv für eine neue Beteiligungsplattform geprüft werden.

Wir wollen nämlich die Geodatenbasis dafür nutzen, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen ganz konkret - quasi in der digitalen Karte an Ort und Stelle - anbringen können. Wir wollen, dass es nicht in ohnmächtiger Wut heißt „Der öffentliche Nahverkehr im Ruhrgebiet ist ja die totale Katastrophe, aber das interessiert ja keinen! 1.000 Likes!“, sondern wir wollen, dass konkrete Hinweise präzise aufgenommen, diskutiert und bearbeitet werden können. Zum Beispiel ein Hinweis wie „Hier, über die Soundso-Straße zwischen meiner Stadt und der Nachbarstadt, fährt keiner der beiden Busse aus den Stadtzentren weiter. Warum werden diese beiden öffentlichen Bushaltestellen nicht verbunden angefahren?“ Solche Hinweise sind konkret, sie sind diskutierbar, bearbeitbar. Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft können sie aufgreifen, Zuständigkeiten identifizieren, Lösungen und Antworten konkret begründen. Eine solche Beteiligungsplattform, die auch Archiv von Diskussionen, politischen Debatten und Ergebnissen ist, hat das Potenzial, den öffentlichen Diskurs neu und sinnvoll wiederzubeleben. Erfolgreiche Vorläufer für solche digitalen Plattformen gibt es bereits. Das Amsterdamer Beispiel wurde erst jüngst auf der TWINS-Konferenz präsentiert. Das ist die Richtung, die wir untersucht wissen wollen, weil wir glauben, dass wirkungsvolle Beteiligungsmöglichkeiten das Engagement in unserer und für unsere Region extrem steigern können. Wie viel Mittel benötigt werden, lässt sich bei solchen innovativen Formaten kaum abschätzen, deshalb ist dieser Haushaltsantrag zunächst strategisch als Auftrag zur Kostenschätzung formuliert.

Von ähnlicher strategischer Bedeutung ist die Einrichtung eines Europa-Büros in Brüssel, das die Neuausrichtung der Förderpolitik ab 2020 berücksichtigt. Gute Ideen und politischer Wille allein reichen nicht, wenn die nötigen Finanzierungen zur Umsetzung fehlen. Die europäische Förderpolitik hat im Ruhrgebiet viele gemeinsame Entwicklungen möglich gemacht. Erst vorgestern konnten wir mit Freude zur Kenntnis nehmen, dass ein weiterer ruhrgebietsweiter Aufschlag - die Förderung der Revierparks - bewilligt wurde, so dass KOA-Antrag 8 sich teilweise schon wieder erledigt hat. Solche Projektanträge und Bewilligungen brauchen wir mehr. Sie spielen die Investitionen des Verbandes in Know-How und Kontakte, wie sie ein Europabüro letztlich darstellen, vielfach für die Städte wieder ein. Das gilt insbesondere auch für die IGA 2027, die an anderer Stelle noch einmal Thema der Tagesordnung sein wird. Die Senkung des Hebesatzes für den RVR, wie sie teilweise gefordert wurde, halten wir daher für das falsche Signal.

Viele positive Entwicklungen laufen in der Fläche, und diese ist nun mal begrenzt. Die großen Positionen der Koa-Haushaltsanträge widmen sich sinnvollen Flächenkonzepten, und das ist gut so. Wir GRÜNE treten dafür ein, dass die regionalen Grünzüge nicht nur erhalten, sondern möglichst ausgebaut werden. Flächen für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung müssen daher zwangsläufig auf Brachflächen entstehen. Die Entwicklung der Brachflächen können und dürfen wir nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen. Deshalb unterstützen wir den Aufbau einer regionalen Flächenentwicklungsgesellschaft, die sich genau diese Aufgabe vornimmt. Für die Flächen- und Haldenübernahme von der RAG ist eine halbe Million beantragt. Uns ist wichtig, dass wir hier nicht auf ein „Sonderangebot“ nach dem Motto „im Dutzend billiger“ und „Einmalige Gelegenheit“ reinfallen, und am Ende 22 Halden plus ein paar Wald- und Wiesenstücke haben, ohne zu wissen, wofür wir sie brauchen. Wir wollen abschätzen können, was eine sinnvolle Nutzung an Zusatzkosten aufwirft, was machbar ist, und welche Ideen in den Kommunen schon jetzt diskutiert werden. Damit diese Informationen schnell und unabhängig zusammengetragen werden können, halten wir eine externe Beauftragung für richtig. Wir haben nebenbei bemerkt die Hoffnung, die wir - quasi ja seit Jahrzehnten - nicht aufgeben, dass eine solche Expertise unserer alten Forderung nach einem ausformulierten Liegenschaftskonzept für den RVR insgesamt neuen Auftrieb liefert. Warten wir es ab! Immerhin; bezüglich der Halden haben wir durchaus den positiven Anfangsverdacht,

dass diese sinnvoll zum Freizeit- und ökologischen Freiraumkonzept der Region beitragen können.

Für uns Grüne war das Jahr 2017 in der Metropole Ruhr ein bemerkenswertes Jahr, nicht zuletzt weil es mit der Grünen Hauptstadt Essen den Auftakt für die „Grüne Dekade Ruhr“ bildete. Auch wenn uns aus Düsseldorf - beispielsweise bei den Themen Umwelt- und Klimaschutz - nun ein spürbar schärferer Wind entgegenbläst, werden wir uns weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Metropole Ruhr nicht nur grün etikettiert, sondern auch tatsächlich grüner wird. Der Emscherumbau und die IGA 2027 können als Impulsgeber die Region nachhaltig verändern. Aber auch die Klimametropole Ruhr2022 ist ein wichtiger Meilenstein für diesen Wandel. Die gemeinsame Treibhausgasbilanz zeigt - ebenso wie das gemeinsame Solardachkataster - in die richtige Richtung. Wir wollen, dass diese Kooperationen mit und für die Städte weiter ausgebaut und gemeinsam besser genutzt werden. Die Gesamtschau der Stickoxid-Emissionen in der Region halten wir ebenfalls für sinnvoll. Denn Fahrverbote und Emissionen machen an Bezirksregierungsgrenzen mitten in der Metropole Ruhr nicht halt. Die Bündelung der kommunalen „Diesel-Gipfel“-Diskussionen über die insgesamt drei Bezirksregierungen ist wieder einmal sachlich nicht nachvollziehbar. Stattdessen wäre eine ruhrgebietsweite Kooperation deutlich zielführender gewesen. Bei der Kooperation mit dem VRR in Sachen Mobilität wollen wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen und hoffen sehr, dass das gemeinsame Gutachten zur Umstellung des öffentlichen Verkehrs auf den neuen RRX-Takt, das wir aus dem letzten Haushalt aufgeschoben haben, bald zustande kommt und schon in 2018 hilfreiche Erkenntnisse liefert.

Wir wollen nicht verschweigen, dass wir uns mehr Mittel in Sachen erneuerbare Energien und Klimaschutz gewünscht hätten, als wir am Ende mit unseren Koalitionspartnern verhandeln konnten. Auch in Sachen Kulturförderung hätten wir uns mehr gewünscht, um die positiven Ansätze aus der Kulturhauptstadt weiter zu verstetigen. Die 30.000 Euro mehr für den Sport waren Minimalkonsens, sind aber sicherlich nicht mehr als ein Inflationsausgleich nach zehn Jahren eingefrorenem Gesamtbudget für Sportförderung. Insgesamt ist der Haushalt des Regionalverbands daher sehr sparsam und vorsichtig aufgestellt, auch weil wir wissen, wie hart in den Städten um die Voraussetzungen für die Stärkungspaktmittel gerungen wird, und weil wir ahnen, dass wir zukünftig auch für weitere wichtige Aufgaben und die Ergebnisse unserer Prüfaufträge finanzielle Reserven benötigen werden.

Bei allen Beteiligten in der Verwaltung, die die vielfältigen Aufgaben des Verbandes mit uns für die Region umsetzen, möchten wir uns ganz herzlich für die geleistete Arbeit bedanken, und hoffen auf eine Fortsetzung der stets guten und kooperativen Zusammenarbeit im neuen Jahr.